

Vorlage Nr. 12/2026		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 2

Ausnahmen von den Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2026

A Problem

Der Magistrat hat am 17.12.2025 (Vorlage Nr. II/75/2025) die Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2026 auf der Grundlage der Ermächtigung nach Artikel 132a der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen beschlossen.

Gemäß Ziffer 4.3 der Verwaltungsvorschriften sind (Wieder-)Besetzungen von vakanten Stellen grundsätzlich nicht zulässig. Der Magistrat kann Personaleinstellungen, die zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und gesetzlicher Pflichtaufgaben zwingend erforderlich sind, beschließen.

Im Anschluss an eine Ausnahmegenehmigung des Magistrats hat der Personal- und Organisationsausschuss über die Freigabe der beschlossenen Ausnahmen zu entscheiden (vgl. Ziffer 4.5 der Verwaltungsvorschriften).

Der Magistrat hat bislang für folgende Stellen einen Ausnahmebeschluss gefasst:

- 1,0 Stelle „Fahrdienst“ im Sozialamt
- 2,0 Stellen „Wohngeld“ im Sozialamt

Als Anlagen sind die entsprechenden Magistratsvorlagen beigelegt.

B Lösung

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Freigabe gem. Ziffer 4.5 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung für 1,0 Stelle „Fahrdienst“ und 2,0 Stellen „Wohngeld“ des Sozialamtes.

C Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die jeweiligen finanziellen Auswirkungen können den anliegenden Magistratsvorlagen entnommen werden.

Es entstehen keine zusätzlichen Raumbedarfe.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Der Beschlussvorschlag hat keine Genderrelevanz.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports oder von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Der Magistrat hat den Vorlagen am 11.02.2026 zugestimmt.

Die Mitbestimmungsgremien werden bei den Stellenbesetzungen beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss beschließt die Freigabe gem. Ziffer 4.5 der Verwaltungsvorschriften zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung für 1,0 Stelle „Fahrdienst“ und 2,0 Stellen „Wohngeld“ des Sozialamtes.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlagen: MV Nr. III/6/2026 („Fahrdienst“) und MV Nr. III/7/2026 („Wohngeld“)